



Medienmitteilung Initiative Volksbefragung A26

Linz, 14.12.2023

Volksbefragung „Westring“: Bürgermeister Luger muss nächsten Verfahrensfehler korrigieren

Gericht spricht der Initiative „Volksbefragung zur A26“ Akteneinsicht zu

Erst im April hat Bürgermeister Klaus Luger bekannterweise die rund 10.000 eingereichten Unterschriften für die Einleitung einer Volksbefragung zur Mitfinanzierung der Stadt Linz von Autobahnprojekte auf Linzer Stadtgebiet (insbesondere der A26 Westring-Autobahn) mit bürokratischen Schikanen abgeschmettert. In der heutigen öffentlichen mündlichen Verhandlung beim OÖ Landesverwaltungsgericht (LVWG) wurde klar entschieden: aufgrund eines Verfahrensfehlers muss kurzfristiges Parteigehör im Sinne einer Akteneinsicht gegeben werden.

„Wie der zuständige Richter heute ausdrücklich betonte, handelt es sich bei der Einleitung einer Volksbefragung um ein starkes demokratiepolitisches Verfahren, was einer vollen Transparenz bedarf. Daher sei es auch erforderlich, dass eine saubere, nachvollziehbare Auszählung erfolgt. Diese wurde uns bisher jedoch seitens des Magistrat Linz verweigert, wir sehen also deutlich, dass hier mit undemokratischen Mitteln versucht wird, diese unsinnige Autobahn mit allen Mitteln durchzudrücken.“ resümiert **Christian Trübenbach**, Obfrau-Stellvertreter des neugegründeten Vereins „Zukunft statt Autobahn-Bau – Nein zur A26 in Linz!“.

Die Akteneinsicht erfolgt noch Ende Dezember, anschließend wird das Gericht das Verfahren fortsetzen. Die in der letzten Woche gestartete neue Aufklärungskampagne „DIE ZUKUNFT HAT NOCH EINE CHANCE. NOCH IST ES NICHT ZU SPÄT.“ wird daher seitens des Vereins mit dem Ziel fortgesetzt, in 2024 eine Volksbefragung durchzuführen.

Dr. Gertraud Walli, gertraud.walli@gmx.at , 0699 17081134, Obfrau
Christian Trübenbach, ct@responzz.info , 0650 8809675 – Obfrau Stellvertreter
Fotocredits: Verein „Zukunft statt Autobahn-Bau – Nein zur A26 in Linz!“:
Webseite: www.volksbefragung-linz.at
Mail: presse@volksbefragung-linz.at

